

Inhalt

Vorwort zur 3. Auflage	5
Vorwort zur 2. Auflage	6
Vorwort	7
Abkürzungsverzeichnis	17
1. Einleitung	21
1.1 Zur Entstehungsgeschichte	21
1.1.1 Die Vorschläge der „Hartz“-Kommission	21
1.1.2 Die Arbeitslosen- und Sozialhilfereform 2003	24
1.1.3 Die „Reformen 2010/2011“	26
1.2 Einbindung in das Sozialgesetzbuch	29
1.3. Zur Konzeption existenzsichernder Sozialleistungen	32
1.3.1 Grundrecht auf menschenwürdiges Existenzminimum	32
1.3.2 Existenzsichernde Leistungen des SGB II und XII	34
1.3.3 Exkurs: Stigmatisierung durch „Hartz IV“	37
1.4 Fordern und Fördern und weitere Leistungsgrundsätze	40
1.4.1 Fordern und Fördern	40
1.4.1.1 Fordern	41
1.4.1.2 Fördern	42
1.4.1.3 Bestrafen statt Belohnen	43
1.4.2 Dienst-, Geld- und Sachleistungen, Gutscheine	44
1.4.3 Ermessensentscheidungen	44
1.4.4 Vorrang der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit	45
1.4.5 Nachrangigkeit der Lebensunterhaltssicherung	45
1.4.6 Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit	45
1.5 Grundsicherung für Arbeitsuchende im Überblick	46
2. Anspuchsvoraussetzungen	49
2.1 Berechtigter Personenkreis	49
2.1.1 Leistungsberechtigung	49
2.1.2 Altersgrenze	50
2.1.3 Gewöhnlicher Aufenthalt und Erreichbarkeit	50
2.1.4 Leistungsausschüsse	50
2.1.5 Bedarfsgemeinschaft	51
2.2 Erwerbsfähigkeit	54
2.3 Hilfebedürftigkeit	55
2.4 Zumutbarkeit	57
3. Einkommen und Vermögen	60
3.1 Einführung	60
3.2 Einkommen	60
3.2.1 Definition des Begriffs Einkommen	60
3.2.2 Ausnahmen vom Zuflussprinzip	62
3.2.2.1 Einmalige Einnahmen	62

3.2.2.2	Einnahmen im Antragsmonat	62
3.2.2.3	Erstattungen von Unterkunfts(neben)kosten	63
3.2.3	Abgrenzung des Einkommens vom Vermögen	63
3.2.4	Maßgeblicher Zeitraum der Einkommensberücksichtigung	63
3.2.5	Bereite Mittel	65
3.2.6	Einkommen der Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft	65
3.2.7	Ausnahmen von der Einkommensberücksichtigung	66
3.2.7.1	Leistungen nach dem SGB II	66
3.2.7.2	Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG)	66
3.2.7.3	Renten oder Beihilfen nach dem Bundesentschädigungsgesetz	67
3.2.7.4	Schmerzensgeld	67
3.2.7.5	Zweckbestimmte Leistungen	67
3.2.7.6	Darlehen	69
3.2.7.7	Zuwendungen der freien Wohlfahrtspflege	69
3.2.7.8	Zuwendungen ohne Verpflichtung	69
3.2.7.9	Geringfügige Einnahmen	70
3.2.7.10	Einnahmen einer nicht professionellen Pflegekraft ...	70
3.2.7.11	Auslandsverwendungszuschlag und Leistungszuschlag für Soldaten	71
3.2.7.12	Überbrückungsbeihilfe	71
3.2.7.13	Weitergeleitetes Kindergeld	71
3.2.7.14	Einkünfte aus Erwerbstätigkeit jüngerer Leistungsberechtigter	71
3.2.7.15	Leistungen der Ausbildungsförderung	71
3.2.7.16	Verpflegung	72
3.2.7.17	Geldgeschenke an Minderjährige	72
3.2.7.18	Taschengeld nach Jugendfreiwilligendienstgesetz	72
3.2.7.19	Einkünfte aus Ferienjobs	72
3.2.7.20	Elterngeld	73
3.2.7.21	Ausgleichsleistungen nach § 9 Abs. 1 BerRehabilitierungsG	73
3.2.7.22	Vermögenssurrogate	73
3.2.7.23	Schadensersatz für beschädigtes oder zerstörtes Vermögen	74
3.2.8	Absetzungsbeträge	74
3.2.8.1	Auf das Einkommen entrichtete Steuern	74
3.2.8.2	Sozialversicherungspflichtbeiträge	74
3.2.8.3	Beiträge	74
3.2.8.4	Geförderte Altersvorsorgebeiträge	76
3.2.8.5	Mit der Erzielung des Einkommens verbundene notwendige Ausgaben	76
3.2.8.6	Pauschale Abgeltung von Absetzungen	77
3.2.8.7	Freibeträge bei Erwerbstätigkeit als Arbeitsanreiz	79

3.2.8.8 Unterhaltsleistungen	80
3.2.8.9 Nach BAföG oder SGB III berücksichtigtes Einkommen	81
3.3 Sonderfall Kindergeld	81
3.3.1 Grundsatz	81
3.3.2 Kindergeldzuordnung beim Kind	81
3.3.3 Weiterleitung des Kindergeldes	82
3.3.4 Abzweigung	83
3.4 Einkommensarten	84
3.4.1 Einnahmen aus nichtselbstständiger Arbeit	84
3.4.2 Einnahmen aus selbstständiger Tätigkeit	85
3.4.3 Einnahmen aus anderen Quellen	85
3.5 Vermögen	85
3.5.1 Zielvorstellungen des Gesetzgebers	85
3.5.2 Definition Vermögen	86
3.5.2.1 Tatsächlich und rechtlich verwertbares Vermögen	86
3.5.2.2 Keine Berücksichtigung von Schulden	87
3.5.2.3 Zeitpunkt der Berücksichtigung von Vermögen	87
3.5.3 Ausnahmen	88
3.5.3.1 Angemessener Hausrat	88
3.5.3.2 Angemessenes Kraftfahrzeug	88
3.5.3.3 Angemessene Alterssicherung	89
3.5.3.4 Selbst genutztes Hausgrundstück bzw Eigentumswohnung	89
3.5.3.5 Anschaffung oder Erhaltung eines angemessenen Hausgrundstücks	90
3.5.3.6 Offensichtlich unwirtschaftliche Verwertung bzw besondere Härte	90
3.5.3.7 Aufnahme oder Fortsetzung der Berufsausbildung oder Erwerbstätigkeit	91
3.5.4 Absetzpositionen	91
3.5.4.1 Grundfreibetrag	91
3.5.4.2 Grundfreibetrag für minderjährige leistungsberechtigte Kinder	92
3.5.4.3 Altersvorsorge („Riesterrente“)	93
3.5.4.4 Sonstige private Vorsorge	93
3.5.4.5 Freibetrag für notwendige Anschaffungen	94
3.5.4.6 Prüfungsreihenfolge	94
3.5.5 Gemischte Bedarfsgemeinschaft	95
3.6 Grundsätze der Einkommens- und Vermögensberücksichtigung	96
3.6.1 Alleinstehende	96
3.6.2 Bedarfsgemeinschaft ohne Kinder	96
3.6.3 Bedarfsgemeinschaft mit Kindern	97
3.6.4 Bedarfsgemeinschaft mit schwangeren oder ein Kind betreuenden Kindern	97

Inhalt

3.6.5	Gemischte Bedarfsgemeinschaft	97
3.6.6	Die Unterstellung der „funktionierenden Bedarfsgemeinschaft“	99
3.7	Haushaltsgemeinschaft mit Verwandten oder Verschwägerten (§ 9 Abs. 5 SGB II)	99
3.7.1	Haushaltsgemeinschaft	100
3.7.2	Reichweite der Vermutung der Bedarfsdeckung	100
3.7.3	Gegenbeweis	101
3.8	Anrechnung von Einkommen und Vermögen auf Bedarfe	101
4.	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	103
4.1	Überblick	103
4.2	Pflicht zur umfassenden Unterstützung	105
4.3	Persönlicher Ansprechpartner	105
4.4	Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der Leistungserbringung	106
4.5	Eingliederungsvereinbarung	107
4.5.1	Inhalt der Eingliederungsvereinbarung	107
4.5.2	Rechtsnatur der Eingliederungsvereinbarung	108
4.5.3	Umfasster Personenkreis	108
4.5.4	Vereinbarung versus Verwaltungsakt	109
4.5.5	Dauer der Vereinbarung bzw Regelung	109
4.5.6	Folgen der Nichterfüllung gegenseitiger Pflichten	109
4.6	Sofortangebot	110
4.6.1	Erwerbsfähige, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben	110
4.6.2	Erwerbsfähige, die das 58. Lebensjahr vollendet haben	111
4.6.3	Erwerbsfähige ohne zurückliegenden laufenden Leistungsbezug	112
4.7	Förderungsleistungen nach dem SGB III	113
4.7.1	Ausbildungsvermittlung	113
4.7.2	Arbeitsvermittlung	114
4.7.3	Leistungen nach dem Dritten Kapitel des SGB III	115
4.7.4	Förderungsleistungen aus dem Vermittlungsbudget	116
4.7.5	Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung ..	117
4.7.6	Leistungen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung	118
4.7.7	Eingliederungszuschüsse	119
4.7.8	Eingliederungsgutscheine	120
4.7.9	Zuschüsse zur Vergütung	120
4.7.10	Betriebliche Einstiegsqualifizierung	121
4.7.11	Betriebliche Weiterbildung	121
4.7.12	Ausbildungsbegleitende Hilfen	121
4.7.13	Weiterbildungskosten für beschäftigte Leistungsberechtigte	121
4.7.14	Vermittlungsgutschein	122
4.7.15	Freistellung von SGB III-Beiträgen	122
4.7.16	Qualifizierungszuschuss	122

4.8	Allgemeine Leistungsgrundsätze	123
4.8.1	Verbesserung der beruflichen Situation von Frauen	123
4.8.2	Gleichbehandlung	123
4.8.3	Sitten- oder verbotswidrige Beschäftigungsverhältnisse	123
4.8.4	Vermittlung in Tendenzbetriebe	124
4.8.5	Neutralitätswahrung bei Arbeitskämpfen	124
4.8.6	Besondere Förderung von Berufsrückkehrern	124
4.8.7	Besondere Leistungen an behinderte Menschen	124
4.9	Kommunale Eingliederungsleistungen	125
4.10	Einstiegsgeld	126
4.11	Leistungen zur Eingliederung von Selbstständigen	127
4.12	Arbeitsgelegenheiten	127
4.12.1	Entgeltliche Arbeitsgelegenheiten	128
4.12.2	Arbeitsgelegenheiten gegen Mehraufwandsentschädigung (sog. Ein-Euro-Jobs)	128
4.12.3	Angebot zur Arbeitsgelegenheit als Verwaltungsakt	129
4.12.4	Bestimmtheit des Arbeitsangebotes	130
4.12.5	Zumutbarkeit der Arbeitsgelegenheit	131
4.12.6	Eignung des Leistungsberechtigten	131
4.12.7	Rechtsfolgen der Weigerung	131
4.13	Beschäftigungszuschuss und Zuschuss zu sonstigen Kosten	131
4.14	Freie Förderung	133
4.15	Wegfall der Hilfebedürftigkeit	133
4.16	Sanktionen	134
4.16.1	Das mehrstufige Sanktionssystem	135
4.16.2	Fehlverhalten im Sinne des § 31 Abs. 1 SGB II	136
4.16.3	Fehlverhalten im Sinne des § 31 Abs. 2 SGB II	137
4.16.4	Sanktionen wegen Meldeversäumnissen (§ 31 Abs. 2 SGB II) ..	139
4.16.5	Sanktionen gegenüber jüngeren Erwerbsfähigen	140
4.16.6	Sanktionen gegen Sozialgeldempfänger	140
4.16.7	Milderung der Sanktion bei „tätiger Reue“	140
4.16.8	Dauer der Sanktion	141
4.16.9	Verfahren	141
5.	Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	143
5.1	Übersicht über die Lebensunterhaltsleistungen	143
5.2	Arbeitslosengeld II	144
5.2.1	Regelbedarf (§ 20 SGB II)	145
5.2.2	Unabewisbaren Bedarf, der vom Regelbedarf umfasst ist (§ 24 Abs. 1 SGB II)	147
5.2.3	Gesondert zu erbringende Bedarfe, die vom Regelbedarf nicht umfasst sind (§ 24 Abs. 3 SGB II)	148
5.2.4	Abweichende Erbringung von Leistungen (§ 24 Abs. 4 bis 6 SGB II)	148
5.3	Mehrbedarf	148

5.3.1	Für werdende Mütter	148
5.3.2	Für Alleinziehende	149
5.3.3	Für Behinderte bei Teilhabe am Arbeitsleben	151
5.3.4	Bei kostenaufwändiger Ernährung	152
5.3.5	Unabweisbarer besonderer Bedarf	154
5.3.6	Bei dezentraler Warmwasserversorgung	157
5.3.7	Begrenzung der Mehrbedarfe	158
5.4	Bedarfe für Unterkunft und Heizung (§ 22 SGB II)	159
5.4.1	Unterkunftskosten	159
5.4.1.1	Tatsächliche Aufwendungen	160
5.4.1.2	Aufteilung	161
5.4.1.3	Angemessenheit	162
5.4.1.4	Festlegung der Angemessenheit, auch durch Satzung	166
5.4.2	Heizkosten	166
5.4.3	Angemessenheitsprüfung bei Umzug	168
5.4.4	Übergangsfrist bei der Berücksichtigung unangemessener Unterkunftskosten	168
5.4.5	Beschränkung der Kostenübernahme bei Umzug	169
5.4.6	Kostensenkung	169
5.4.6.1	Wohnungswechsel	170
5.4.6.2	Unter Vermietung	170
5.4.6.3	Auf andere Weise	170
5.4.6.4	Kostensenkungsverfahren	171
5.4.7	Zusicherung der Unterkunfts- und Heizkosten	172
5.4.8	Wohnungsbeschaffungs- und Umzugskosten	172
5.4.9	Zahlung an Vermieter oder Empfangsberechtigte	173
5.4.10	Übernahme von Schulden	174
5.5	Leistungen bei medizinischer Rehabilitation der Rentenversicherung und bei Anspruch auf Verletztengeld aus der Unfallversicherung (§ 25 SGB II)	176
5.6	Zuschuss zu Versicherungsbeiträgen	176
5.7	Leistungen für Auszubildende	177
5.8	Leistungen für Bildung und Teilhabe	179
5.9	Sozialgeld (§ 19 Abs. 1 S. 2 SGB II)	183
5.10	Darlehensweise Leistungserbringung, Rückzahlungspflicht	183
5.11	Berechnung, Fälligkeit, Auszahlung der Leistung	185
5.11.1	Berechnung, Fälligkeit	185
5.11.2	Auszahlung der Leistungen	187
5.11.3	Aufrechnung	188
5.11.4	Erlass von Ansprüchen	188
5.12	Kinderzuschlag (§ 6 a BKGG) zur Verhinderung von SGB II	189
6.	Leistungsträger, Finanzierung und Aufsicht	191
6.1	Gemeinsame Einrichtungen	193

6.2	Zugelassene kommunale Träger (optierende Träger)	194
6.3	Örtliche Zuständigkeit	194
6.4	Finanzierung	195
6.5	Aufsicht	196
7.	Leistungserbringung	197
7.1	Sozialrechtliches Dreiecksverhältnis	197
7.1.1	Die Beteiligten	197
7.1.2	Das Verhältnis Sozialleistungsträger – Sozialleistungsnehmer	198
7.1.3	Beziehungen zwischen Sozialleistungsträger und Leistungserbringer	198
7.1.4	Verhältnis Sozialleistungsnehmer – Leistungserbringer	199
7.2	Leistungserbringungsverträge nach SGB II	199
7.2.1	Subsidiarität öffentlicher Leistungen	199
7.2.2	Zur rudimentären Regelung des § 17 Abs. 2 SGB II	200
7.2.3	Einzelvereinbarungen mit den Grundsicherungsträgern	201
7.3	Öffentliche Ausschreibung (Vergaberecht) im SGB II	202
7.3.1	Öffentliche Ausschreibung	202
7.3.2	Zum Vergabeverfahren	204
8.	Verfahren und Rechtsschutz	206
8.1	Gesetzliche Grundlagen des Sozialverwaltungsverfahrens	206
8.2	Allgemeine Verfahrensgrundsätze	207
8.2.1	Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	207
8.2.2	Gleichheitsgrundsatz	208
8.2.3	Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	208
8.2.4	Grundsatz von Treu und Glauben und Vertrauensschutz	209
8.2.5	Untersuchungsgrundsatz	209
8.2.6	Anhörung Beteigter (rechtliches Gehör)	211
8.2.7	Akteneinsicht	212
8.2.8	Nichtförmlichkeit und Zügigkeit	213
8.3	Behörde und Beteiligte als Subjekte des Sozialverwaltungsverfahrens	213
8.3.1	Die Grundsicherungsbehörde (Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende)	213
8.3.2	Beteiligte	214
8.3.3	Ausschluss wegen Befangenheit	215
8.4	Das Verfahren	215
8.4.1	Antrag und Mitwirkung	217
8.4.1.1	Antrag auf Grundsicherungsleistungen	217
8.4.1.2	Mitwirkung	218
8.4.1.3	Exkurs: Besondere Informationspflichten nach SGB II	220
8.4.2	Sachverhaltsermittlung und Beweiserhebung	222
8.4.3	Verwaltungsakt (Bescheid) und Rechtsmittel	222

Inhalt

8.4.4	Widerruf und Rücknahme von Verwaltungsakten	224
8.4.4.1	Rücknahme eines rechtswidrigen nicht begünstigenden Verwaltungsakts	225
8.4.4.2	Rücknahme eines rechtswidrigen begünstigenden Verwaltungsakts	225
8.4.4.3	Widerruf nicht begünstigender Verwaltungsakte	226
8.4.4.4	Widerruf begünstigender Verwaltungsakte	227
8.4.4.5	Aufhebung von Verwaltungsakten mit Dauerwirkung	228
8.4.5	Rückforderung von Grundsicherungsleistungen	228
8.5	Sozialdatenschutz	229
8.5.1	Sozialgeheimnis	229
8.5.2	Datenschutz in der Grundsicherung für Arbeitsuchende	230
8.5.3	Übermittlung von Sozialdaten an Einrichtungen privater oder freigemeinnütziger Träger	232
8.6	Sozialrechtlicher Herstellungsanspruch und Amtshaftung	233
8.6.1	Herstellungsanspruch	233
8.6.1.1	Verletzung der Informationspflicht	233
8.6.1.2	Beweislast und Kausalität	234
8.6.1.3	Nachteilsausgleich	235
8.6.2	Folgenbeseitigungsanspruch	235
8.6.3	Schadenersatz als Folgenentschädigung	236
8.6.4	Amtshaftung	236
8.7	Bußgeld und Leistungsmisbrauch	236
	Literaturverzeichnis	238
	Stichwortverzeichnis	243